

Landwirtschaft und Ernährungssicherung in Indien - von der Kolonialzeit zur Epoche der Globalisierung -

von Susanne van Dillen und Eberhard Weber

Einer der vielfältigen Widersprüche Indiens besteht darin, daß heute, nach 50 Jahren der Unabhängigkeit, gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln exportiert werden, im Land aber hunderte Millionen Menschen unter- oder fehlernährt sind.

Die Fakten klingen beinahe schon pervers. Indien, das Land mit der Bettelschale, das früher weltweit Nahrungsmittel einkaufte (oder "geschenkt" bekam), ist inzwischen zu einem Nettoexporteur von Nahrungsmitteln geworden. Zu Beginn der 70er Jahre waren es etwas mehr als 30.000 Tonnen Getreide (v.a. Basmati-Reis), die ins Ausland verkauft wurden. Die Getreideimporte jener Zeit betragen über drei Millionen Tonnen. 1996/97 hat sich dieses Verhältnis geradezu umgekehrt. Getreideimporten von etwa 65.000 Tonnen stehen Reisesporte von fast fünf Millionen Tonnen gegenüber. Und dennoch hungern viele Menschen in Indien!

Hunger und Unterernährung sind nicht die Folge von zu geringer Nahrungsproduktion, sondern davon, daß sich große Teile der Bevölkerung die reichlich vorhandenen Nahrungsmittel nicht leisten können. Die Armut ist es, die viele Menschen hungern läßt.

1996/97 hat die Produktion von Grundnahrungsmitteln (Getreide und Hülsenfrüchte) nach Angaben des Landwirtschaftsministers Chaturanan Mishra erstmals die magische Grenze von 200 Millionen Tonnen überschritten. Eine wahrhaft gewaltige Produktionssteigerung, da im Jahr 1950 gerade knapp 50 Millionen Tonnen Linsen, Reis, Weizen, Hirse und andere Getreidearten geerntet wurden. Seither hat sich deren Produktion fast vervierfacht, während die Bevölkerungszahl noch nicht einmal um das Dreifache gestiegen ist. Die früher vielfach geäußerte Befürchtung, die Nahrungsmittelproduktion in Indien könne nicht mit der raschen Zu-

nahme der Bevölkerung schritthalten, bestätigte sich nicht. Rein rechnerisch stehen heute jedem Menschen in Indien mehr als 530 Gramm pro Tag an Getreide und Hülsenfrüchten zur Verfügung. Zur Unabhängigkeit waren es noch nicht einmal 400 Gramm. Statistiken verzerren jedoch die Realitäten. Wer nun annimmt, daß die gewaltigen Produktionssteigerungen Hunger und Unterernährung in Indien beseitigen konnten, der irrt. Auch heute lebt noch mehr als ein Drittel der indischen Bevölkerung (mehr als 300 Millionen Menschen) unterhalb der Armutsgrenze, die über den Wert einer ausreichenden Ernährung berechnet und festgelegt wird. Die Erfolge an der "Produktionsfront" konnten keine ausreichende Ernährung aller InderInnen sicherstellen. Zur Lösung dieses Problems bedarf es primär keiner weiteren Produktionssteigerungen. Es fehlt vielmehr das Geld in den Händen vieler Menschen, um sich ausreichende Nah-



Vielen Bauern fehlt Geld, um sich ausreichende Nahrungsmittel oder eigenes Land zu kaufen (Foto: Walter Keller)

rungsmittel kaufen oder eigenes Land, um selber Nahrungsmittel anbauen zu können. Diese Strukturen des Mangels wurden zwar schon während der Kolonialzeit angelegt, doch 50 Jahre Unabhängigkeit hätten ausreichen müssen, um die kolonialen Verhältnisse zu beseitigen. Schließlich hat es Indien in dieser Zeit geschafft, eine riesige Armee aufzubauen, Atombomben zu produzieren und Satelliten in den Weltraum zu schicken!

Die Auflösung der indischen Agrarordnung unter der britischen Kolonialherrschaft

Die britische 'East India Company' gründete ihre ersten Handelsstützpunkte entlang der indischen Küste, um mit indischen Produkten Handel zu treiben. Textilien sowie landwirtschaftliche Produkte wurden exportiert und im riesigen britischen Imperium gewinnbringend abgesetzt. Nur wenige Waren, vor allem Stoffe bester Qualität sowie Tee und Gewürze, wurden in England selbst oder auf dem europäischen Kontinent verkauft. In den ersten Jahrzehnten funktionierte dies auch vorzüglich, denn die Kompanie konnte die Waren mit englischem Gold und Silber bezahlen. Doch schon bald wurden Gold- und Silberausfuhren nach Indien von der britischen Krone untersagt. Die britische Handelsgesellschaft begann deshalb, das Kapital für ihre Handelsgeschäfte in Indien selbst aufzubringen, indem sie sich das Recht sicherte, Grundsteuern zu erheben.

Das war nicht einfach in einem solch riesigen Land wie Indien, und eine Zusammenarbeit mit Teilen der einheimischen Bevölkerung war daher unvermeidbar. Zu Beginn wurden die ersteigerten Steuerrechte an indische Mittelsmänner ('Zamindare') verpachtet. Später - nach 1776 - erhielten diese das Land als Eigentum, für das sie nun Grundsteuer an die Briten abzuführen hatten. So wurden die indischen Bauern enteignet, denn zuvor waren die 'Zamindare' lediglich Steuerbeamte aber keine Landeigentümer gewesen. Die Briten trieben die Steuer mit eiserner Härte ein. Gab es unter der Mogul-Herrschaft noch Steuernachlässe bei schlechten Ernten, so wurde nun jeder 'Zamindar' enteignet, der am Abend des Fälligkeitstages seine Steuer nicht bezahlt hatte ('sunset-law'). Selbst 1770, als eine Hungersnot in Bengalen rund zehn Millionen Opfer forderte, gingen die Briten nicht von ihren hohen Steuerforderungen ab.

Die Landbesitzer wohnten meist in den Städten und hatten das Land an Mittelsmänner verpachtet. Auch diese bebauten den Boden nicht selbst sondern verpachteten ihn weiter. Ganz unten in ei-

ner vielschichtigen Hierarchie stand der wirtschaftende Pächter, der mit seiner Arbeitskraft die ganze Schar der parasitären Zwischenpächter finanzierte. Ihm und seiner Familie blieb nur das Existenzminimum - und häufig noch nicht einmal das.

Die Zerstörung des indischen Handwerks durch die Briten

Das für die frühe britische Industrialisierung aufgebrachte Kapital stammte zu großen Teilen aus der (Steuer-)Plünderung in den Kolonien und den Gewinnen aus dem Handel mit Kolonialwaren. Für die indische Wirtschaft hatte die einsetzende Industrialisierung vor allem durch die Umkehrung der Handelsströme schwerwiegende Folgen. Die neu entstehende englische Textilindustrie wurde zunächst durch Zölle gegen die überlegene indische Konkurrenz geschützt. Trotz großer technologischer Fortschritte waren englische Textilien noch lange den indischen Waren in Preis und Qualität weit unterlegen. Die Schutzzölle mußten deshalb immer wieder erhöht werden und betrug 1813 nicht weniger als 80 Prozent. Doch schließlich griff die Industrialisierung und Indien wurde - wenngleich unfreiwillig - zum Importeur von Textilien. Die nunmehr konkurrenzlos billigen, maschinell gefertigten englischen Massenprodukte zerstörten nach und nach das indische Textilhandwerk.

Bis zum Ende der britischen Kolonialzeit fiel Indien die Aufgabe zu, Rohstofflieferant der britischen Industrie und Absatzmarkt für britische Fertigprodukte zu sein. Im Ersten Weltkrieg setzte in Indien zwar eine selektive industrielle Entwicklung ein, weil England gezwungen war, mehr Waren als zuvor in Indien selbst zu produzieren. Ein weiterer Industrialisierungsschub erfolgte dann mit dem Zweiten Weltkrieg, doch zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit steckte der Aufbau einer indischen Industrie noch in ihren Anfängen.

Die Schwerpunkte der indischen Wirtschaftsplanung nach der Unabhängigkeit

1947 hatten die führenden Politiker, sowie die wenigen indischen Großindustriellen jener Zeit, keineswegs die Absicht, Indien als Agrarstaat zu belassen. Im Gegenteil, das Land sollte in möglichst kurzer Zeit eine der führenden Industrienationen werden, auch wenn mehr als 75 Prozent aller InderInnen auf dem Lande lebten und die Landwirtschaft ihre Lebensgrundlage darstellte. Die durchgeführten Maßnahmen, sei es die Landreform, das 'Community Development Programme' oder später die Maß-

nahmen der "Grünen Revolution", waren darauf ausgerichtet, eine rasche Industrialisierung zu ermöglichen. Billige Nahrungsmittel sollten die Industrielöhne niedrig halten. Moderne landwirtschaftliche Produktionsmethoden verlangten darüber hinaus Maschinen, Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Energie. So sollten von einer modernen Landwirtschaft auch Wachstumsimpulse für die Industrie ausgehen.

Die Agrarreformen

Der Indische Nationalkongreß (INC) war von einer elitären Honoratiorenversammlung mit den Jahren zu einem politischen Sammelbecken geworden, in dem sich neben Intellektuellen und Patrioten, indische Unternehmer ebenso wiederfanden wie einige wenige 'Zamindare', Getreidehändler und Geldverleiher. Manchen dieser Gruppen lag sehr wenig an einer Agrarreform, doch die Massen auf dem Land verbanden mit der Unabhängigkeit ganz konkrete Erwartungen und sie hatten die Versprechungen des INC nicht vergessen. Eine Agrarreform war auch im Sinne jener, die die indische Landwirtschaft modernisieren wollten, die sahen, daß die bestehenden "feudalen" (Produktions)Beziehungen einer raschen "Kapitalisierung" der Landwirtschaft im Wege standen.

Mit der Losung "the land to the tiller" begannen schon ein Jahr nach der Unabhängigkeit alle indischen Bundesstaaten, Gesetze zur Abschaffung der Zwischenpacht zu erarbeiten. Zunächst wurden die Steuerprivilegien der 'Zamindare' abgeschafft. Die Eigentumsrechte auf selbstbewirtschaftetes Land wurden ihnen jedoch bestätigt, und Land, das von ihnen nicht selbst bewirtschaftet wurde, gegen Kompensationszahlung enteignet. Möglichkeiten einer Enteignung zu entgehen, gab es jedoch genügend. Land, das die 'Zamindare' bislang verpachtet hatten, durften sie wieder "selbst bewirtschaften". Dies wurde äußerst großzügig ausgelegt: es genügte, wenn ein Grundbesitzer "die Bewirtschaftung leitete". Der Versuch, den Rechtsstatus der Pächter zu verbessern, scheiterte kläglich. Es sollte eine maximale Pachthöhe festgelegt und ein Schutz der Pächter vor Vertreibung sichergestellt werden. Vorgesehen war, jene Pächter, die Land schon länger als zwölf Jahre bewirtschafteten, unkündbar zu machen. Doch mit dieser Vorschrift verstanden die Grundeigentümer gut umzugehen: den Pächtern wurde vor Ablauf dieser Zeit einfach gekündigt und anderes Land zugeeilt. Das Pachtgesetz machte es auch möglich, Pächtern, die Land bereits länger als zwölf Jahre bewirtschafteten, zu kündigen, wenn der Eigentümer das

Land nun selbst bewirtschaften wollte. Viele der ehemaligen Pächter fanden sich so als LandarbeiterInnen wieder.

Die Festsetzung von Höchstgrenzen für Landbesitz sollte zu einer gerechten Landverteilung führen. Dazu legten die Bundesstaaten, je nach Qualität des Bodens und der Bewässerungsmöglichkeit, verschiedene Obergrenzen fest. Land, das diese Höchstgrenzen überschritt, sollte enteignet und an Landlose verteilt werden. Doch dies geschah eher selten. Wie schon so oft gab es auch hier eine wahre Flut von Ausnahmeregelungen. So waren Anbauprodukte wie Tee, Kaffee, Gewürze, Kautschuk, Zitrusfrüchte u.ä. von den Höchstgrenzen ausgeschlossen. Auch Genossenschaftsland, staatliche Versuchsbetriebe und Land in Besitz von religiösen Institutionen wurden nicht berücksichtigt. Wenn alles nichts half, konnte ein Landbesitzer Teile seines Landes pro forma an Verwandte überschreiben und schon war dem Gesetz genüge getan.

Das 'Community Development Programme' (CDP)

Anders als bei der Agrarreform, bei der besitzrechtliche Fragen im Vordergrund standen, sollte mit dem 'Community Development Programme' ein institutioneller Rahmen für die Entwicklung des ländlichen Raumes geschaffen werden. So entstand eine Bürokratie, deren Aufgaben die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes und die Armutsbekämpfung waren. Vorgesehen waren Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft wie auch die Schaffung und Förderung von ländlichen Industrien, Maßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie infrastrukturelle Verbesserungen.

Auf den ersten Blick hat das CDP sehr viele Gemeinsamkeiten mit dem Entwicklungskonzept von M.K. Gandhi, das sich besonders um eine Stärkung der dörflichen Gemeinschaften bemühte. Hierzu zählten Maßnahmen wie die Einrichtung kommunaler Selbstverwaltungsgremien ('panchayati raj'), Förderung von Eigeninitiative der Dorfbevölkerung, Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, Förderung des Dorfhandwerks und Errichtung von dörflichen Industrien ('khadi'), Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen.

Häufig wird das Scheitern des 'CDPs' auf die vermeintlich rückständige, in Apathie verhaftete Dorfbevölkerung zurückgeführt, die sich jeglichem "Fortschritt" störrisch verschließt. Doch hinter angeblich irrationalen Handlungsweisen lassen sich bei genauerem Hinsehen klare Rationalitäten erkennen. Zudem ist es keineswegs so, daß von

diesem Programm niemand profitiert hätte. Die kommunalen Selbstverwaltungseinrichtungen und Genossenschaften wurden rasch von den dörflichen Eliten vereinnahmt und die hierarchische Struktur der stark stratifizierten indischen Dorfgesellschaften nicht etwa abgemildert, sondern weiter zementiert.

Das Ziel des CDP bestand in der Modernisierung der ländlichen Gebiete. Der Prozeß der Modernisierung läßt sich jedoch nicht auf Industrialisierung und Einführung moderner Produktionsmethoden und -mittel in der Landwirtschaft reduzieren. Modernisierung bezieht auch immer den Wandel im sozialen, politischen und kulturellen Bereich ein. Aufgrund der Vorstellung von einem linearen Entwicklungsweg, den ein Land "auf dem Weg aus der Tradition in die Moderne" zu gehen habe, wurden Fragmente "nicht-moderner Zivilisation" als "backward" (zurückgeblieben) klassifiziert und sollten in das moderne Zeitalter überführt werden. Abgesehen davon, daß dadurch lokale Kulturen und Traditionen einfach abqualifiziert wurden, zeigt sich am 'Community Development Programme' deutlich, daß dieser Transformationsprozeß eine weitere soziale Ausdifferenzierung zur Folge hatte. Jene Gruppen, die bereits die Nutznießer der Agrarreformen waren, profitierten auch hier. So war es wohl auch beabsichtigt, denn sie galten als Träger der Modernisierung. Sie waren es, die über Land und Kapital verfügten, das zum Aufbau einer modernen Landwirtschaft notwendig ist. Die Mittel- und Großbauern verkörpern in den Augen der indischen Planer den Typus des "innovativen" und "modern denkenden" Produzenten. Mit Gandhis Vorstellungen von "Wohlfahrt für alle" hatte dies nichts gemein, es war gewissermaßen deren Umkehr, und elitäre Interessen ("Wohlfahrt für wenige") setzten sich durch.

Die "Grüne Revolution" in Indien

Weder die Landreform noch das 'Community Development Programme' konnten die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände in den indischen Dörfern beheben. Mit der "Grünen Revolution" beschritt die indische Regierung deshalb ab Mitte der 60er Jahre einen vollkommen neuen Weg in ihrer Agrarpolitik. Wurden zuvor die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen des ländlichen Indiens zumindest verbal berücksichtigt, so kam nun ein Konzept zur Anwendung, das den ländlichen Raum einzig und allein als Produktionsraum verstand: erklärtes Ziel war die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die "Grüne Revolution" wurde zum Inbegriff der Strategien zur ländlichen Modernisie-

rung.

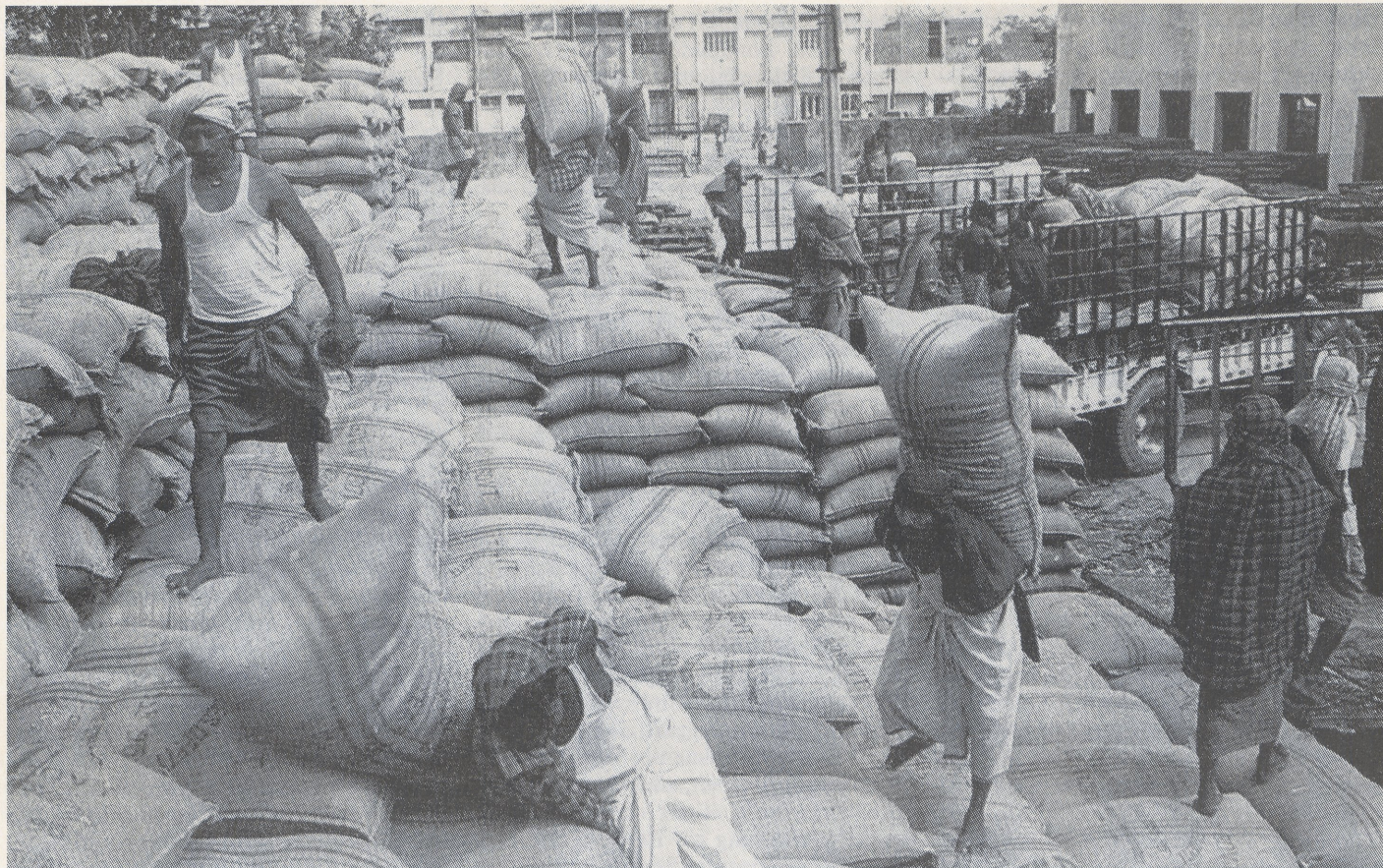
"Grüne Revolution" - Was ist das?

Zu Beginn der 60er Jahre erregten Pflanzenzüchtungsversuche, die seit 1944 von der 'Rockefeller Foundation' in Mexiko durchgeführt worden waren, für weltweites Aufsehen. Einer Gruppe amerikanischer Wissenschaftler war es gelungen, Weizensaatgut zu züchten, das unter bestimmten Voraussetzungen hohe Ertragssteigerungen und durch kürzere Reifezeiten eine zweite Ernte pro Jahr ermöglichte. In weiten Kreisen wurden diese Erfolge als bahnbrechende Neuerungen im Kampf gegen den Hunger betrachtet. Speziell für den süd- und südostasiatischen Raum, in dem Reis das Hauptnahrungsmittel ist, wurde 1962 auf den Philippinen ein Reisforschungszentrum eingerichtet, in dem Hochleistungs-saatgut für Reis entwickelt wurde.

Optimale Anbaubedingungen und Saatgut, Kunstdünger, Pestizide, Maschinen (Wasserpumpen, landwirtschaftliche Maschinen) sind die Voraussetzung für die hohen Erträge und die Möglichkeit der Doppelernten. Das alles kostet Geld - Geld, das indische Bauern früher nicht ausgeben mußten. Der mögliche Profit nimmt zwar zu, nicht zuletzt, weil viele der Produktionsmittel wie Düngemittel oder Energie hoch subventioniert werden, doch es wächst auch das Produktionsrisiko.

Hochleistungssorten sind anfällig gegen Pflanzenschädlinge und -krankheiten. Während sich die traditionellen Sorten in einer jahrhundertelangen Selektion an die lokalen Verhältnisse anpassen und gegen Schädlinge und Krankheiten resistent werden konnten, wurden die neuen Sorten innerhalb kürzester Zeit eingeführt. Um den entstehenden Schädlingsplagen Herr zu werden, müssen nun Unmengen an Pestiziden versprüht werden. Noch heute werden in Indien Pestizide eingesetzt, die in Europa, den USA und Japan, aufgrund ihrer Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt schon seit Jahren verboten sind.

Wo hochartragreiche Getreidesorten gedeihen sollen, ist eine reichliche und gut kontrollierbare Bewässerung notwendig. Bei unzureichender Bewässerung bleibt der eingesetzte Mineräldünger praktisch wirkungslos. Die besten Bedingungen herrschen dort, wo sich die Bewässerung auf bodennahes Grundwasser oder auf die flußgespeiste Kanalbewässerung stützen kann. Die Kerngebiete der "Grünen Revolution" beschränken sich schon aus diesem Grund auf die großen Flußebenen Nordindiens beziehungsweise die Deltaregionen des Südostens. Doch die Bewässerung mit Brunnen birgt auch Gefahren, wie etwa



1996/97 hat die Produktion von Grundnahrungsmitteln nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums erstmals die magische Grenze von 200 Millionen Tonnen überschritten (Foto: Kamal Narang)

das drastische Absinken des Grundwasserspiegels. So fielen mittlerweile viele Brunnen trocken oder mußten mit hohen Kosten immer wieder vertieft werden.

Auswirkungen der "Grünen Revolution" auf die Nahrungsmittelproduktion

Am Vorabend der "Grünen Revolution" befand sich die indische Landwirtschaft in einer schweren Krise. Die Landreform und das 'Community Development Programme' waren mehr oder weniger gescheitert und die strukturellen Probleme der indischen Landwirtschaft weiter ungelöst. Zudem wurde deutlich, daß tiefgreifende strukturelle Veränderungen am Widerstand der ländlichen Eliten scheitern würden. Durch eine Reihe schlechter Ernten zu Beginn der 60er Jahre wurde die sozio-ökonomische Situation immer angespannter. Die Entwicklung der "sensationalen" Hohertragsorten kam der indischen Regierung sehr gelegen: wenn schon keine gerechtere Landverteilung erreicht werden konnte, so mußte man zumindest die Nahrungsmittelproduktion steigern, um soziale Konflikte abschwächen zu können. Es sollte ein Prozeß in Gang gesetzt werden, von dem auch die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gruppen

langfristig profitieren würden ('trickle down'-Effekt).

Investiert wurde dort, wo sich die Landwirtschaft bereits auf einem vergleichsweise hohen Niveau befand, also nicht in naturräumlich benachteiligten Regionen (z.B. dürrgefährdeten Gebieten). Über die Mittelvergabe wurden praktisch ausnahmslos Großbetriebe berücksichtigt, denn günstige staatliche Kredite wurden nur an Betriebe vergeben, die Sicherheiten vorweisen konnten. Pächter und Kleinbauern waren daher von solchen Krediten zumeist ausgeschlossen und mußten auf private Geldverleiher zurückgreifen.

Niemand wird bestreiten wollen, daß durch die "Grüne Revolution" die Nahrungsproduktion in Indien stark angestiegen ist. 1966, zu ihrem Beginn, betrug die indische Getreideproduktion knapp 55 Millionen Tonnen, und zehn Jahre später (1976) waren es 95 Millionen Tonnen! Diese Erfolge wurden aber teuer erkauf.

Durch die Agrarreform waren die traditionellen ländlichen Eliten nicht mehr länger parasitäre Steuereinzahler, sondern sie waren Großgrundbesitzer geworden. Mit der Einführung moderner Getreidesorten und steigender Profite wurde der Anreiz, Land selbst zu bewirtschaften, größer. Die Konsequenzen

waren vielfältig. So erhöhte sich die Nachfrage nach Ackerland und die Bodenpreise stiegen. Kleinbetriebe konnten sich kaum noch vergrößern. Wer von den kleineren Bauern den Versuch wagte, Hohertragsaatgut anzubauen, geriet leicht in existentielle Not. Ein schlechter Monsun, eine Schädlingsepidemie konnte ausreichen, und den Großteil der Ernte vernichten. Es häuften sich Fälle, in denen Kleinbauern Kredite bei lokalen Geldverleihern aufgenommen hatten, um sich teures Saatgut, Düngemittel und Pestizide zu kaufen. Eine einzige Mißernte ließ viele jedoch in eine verhängnisvolle Verschuldungsspirale geraten. Sie verloren ihr Land an die Geldverleiher, die in der Regel lokale Großbauern waren und das Land gerne zu "günstigen Bedingungen erwarben". Hat eine Kleinbauernfamilie ihr Land einmal verloren, so bleibt die (schlecht) bezahlte Landarbeit meist die einzige Einkommensquelle.

Hohertragsorten verlangen eine intensive Saatvorbereitung und viel Pflege bis zur Ernte. Durch die Möglichkeit einer zweiten oder sogar dritten Ernte fallen auch viele Arbeiten öfter an, die bislang im Jahr nur einmal durchgeführt werden mußten. Doch es wächst auch der Zeitdruck. Die Felder müssen rasch abgeerntet werden, damit die neue Aus-

saat vorbereitet werden kann. Mehr Arbeitskräfte sind notwendig oder aber besseres Gerät, denn Verzögerungen bringen den gesamten Anbauhythmus durcheinander. Bereits zu Beginn der 80er Jahre wirkte sich dies auf den ländlichen Arbeitsmarkt aus. Beim traditionellen Pflügen mit Ochsen wurden zum Beispiel im Punjab zur Bearbeitung eines Hektar Ackerlandes 101 Arbeitsstunden benötigt. Ein Traktor erledigt die gleiche Arbeit in nur knapp 19 Arbeitsstunden. Auch bei anderen Arbeitsgängen ergeben sich große Arbeitszeiterparnisse sobald von traditionellen auf moderne Bearbeitungsmethoden übergegangen wird.

Insgesamt hat die "Grüne Revolution" in Indien für die ärmsten Gruppen der ländlichen Gesellschaft wenig Vorteile gebracht. Doch wie sieht es für den indischen Staat aus? Um welchen Preis wurden die enormen Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft erkaufte? Die ökologischen Folgen einer nicht angepaßten Landbewirtschaftung sind beileibe nicht die einzigen gesamtgesellschaftlichen Negativeffekte. Mit einer landwirtschaftlichen Autarkiepolitik wollte Indien sich von Nahrungsmittelimporten unabhängig machen. Heute zeigt sich allerdings, daß mit dieser Politik eine Form der Abhängigkeit lediglich durch eine andere ersetzt wurde: der Abhängigkeit von teuren Energieimporten.

Nahrung als politisches Druckmittel

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war Indien unbestritten verwundbar und ein Teil dieser Verwundbarkeit lag tatsächlich in der Nahrungsproblematik. Hilfe, die Indien erhielt, erwies sich nicht selten als Mittel, um Einfluß auf die indische Politik zu nehmen. Ein starker Rückgang der Devisenreserven hatte z.B. Ende der 50er Jahre dazu ge-

führt, daß staatliche Investitionen drastisch eingeschränkt werden mußten. Die Produktion stagnierte, die Bevölkerung wuchs und das Land war gezwungen, große Getreidemengen zu importieren. Die Weltbank sollte Indien aus dieser schwierigen Situation heraushelfen: Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und das 'Aid India Consortium' sagten Kredite in Höhe von 600 Millionen US-Dollar zu und schnürten ein Kreditpaket für die kommenden Jahre, verknüpften dies jedoch mit der "Erwartung" einer Lockerung der Zugangsbeschränkungen für ausländische Investoren.

Mitte der 60er Jahre wiederholten sich die Ereignisse. Wieder erlebte Indien eine Finanzkrise: der indisch-chinesische Krieg (1962) hatte die Rüstungsausgaben stark ansteigen lassen und die Gewinne der staatlichen Unternehmen waren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Weltbank sah nun erneut die Gelegenheit, die indische Wirtschaftsordnung der 'Mixed Economy' in Frage zu stellen und bestand darauf, die Landreformpläne zu den Akten zu legen und endlich mit der Modernisierung der Landwirtschaft zu beginnen.

Trotz erheblicher Bedenken wurde die Importliberalisierung beschlossen und der Zugang für ausländische Firmen erleichtert. Vor allem in den Bereichen Schädlingsbekämpfung- und Düngemittel konnten diese sich engagieren. Als viele Regionen Indiens 1966 von einer schweren Dürre heimgesucht wurden, verstärkte sich der Druck aus dem Ausland, Veränderungen der Agrarpolitik einzuleiten. 1966 wurden gegenüber dem Vorjahr 20 Prozent weniger Getreide geerntet und in diesem und dem folgenden Jahr mußten 20 Millionen Tonnen Weizen und Reis importiert werden. Die Nahrungsmittelpreise schossen in die Höhe, aber die amerikanische Regierung

zögerte, zugesagten Weizen tatsächlich zu liefern. Unter diesem wachsenden Druck setzte die Regierung den vierten "Fünf-Jahres-Plan" aus und verabschiedete einen Jahresplan für 1966/67, in dem die "Grüne Revolution" beschlossen wurde.

Die Rolle der Landwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

Etwas mehr als sechs Jahre sind vergangen seit im Juni 1991 durch die damals neu gewählte 'Congress'-Regierung unter Premierminister Rao das vom IWF und Weltbank gestützte Strukturanpassungsprogramm begonnen wurde. Damit wurden die Prinzipien der indischen Wirtschaftsordnung der ersten Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit weitgehend aufgegeben. Statt auf den vom ersten Premierminister Nehru proklamierten "Sozialismus zwischen den Blöcken" wird seither auf ein neoliberales Wirtschaftskonzept gesetzt, das Indien stärker in den Weltmarkt einbinden soll. Diese neue Strategie stellt die Förderung der inzwischen auf etwa rund 350 Millionen Menschen angewachsenen Mittelschicht ins Zentrum. Wie schon unter Nehru geht es auch heute darum, Indien zu einer führenden Industrienation zu machen. Die "kleinen Tiger" Ost- und Südasiens dienen dem "großen Elefanten" Indien als Vorbild - doch dieser zeigt sich eher träge.

Eine kürzlich von der Weltbank veröffentlichte Studie mit dem Titel "India: Achievements and Challenges in Reducing Poverty" behauptet, daß durch die Strukturanpassungspolitik nicht nur die wirtschaftliche Rezession überwunden werden konnte, vielmehr soll auch die Zahl der in Indien unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen stark zurückgegangen sein. Belegt wird diese Behauptung freilich nicht. Die Analyse des statistischen Zahlenmaterials im Anhang der Studie zeigt, daß die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden InderInnen im Jahr 1994 weitaus höher als 1990 war, dem Jahr vor Beginn der Strukturanpassung..

Was das für die Ärmsten in Indien bedeutet, wurde bereits wenige Monate, nachdem die ersten Strukturanpassungsmaßnahmen umgesetzt waren, spürbar. Als im Dezember 1991 Zeitungsberichte über Hungertote in Andhra Pradesh erschienen, zeigte sich, daß die Gefahr von Hungersnöten in Indien auch heute nicht vollkommen gebannt ist. An sich nichts Ungewöhnliches in einem Land wie Indien, in dem Hungersnöte jahrhundertlang zur gesellschaftlichen Realität gehörten. Nichts Ungewöhnliches in einem Land, das trotz aller agrartechnischen Verbesserungen nach wie vor von den Launen des Monsuns abhängig



Wo hochartragreiche Getreidesorten gedeihen sollen, ist eine reichliche und gut kontrollierbare Bewässerung notwendig (Foto: Sushanto Patronobish).



Häufig wurde Reisland in Garnelenteiche umgewandelt (Foto: Theo Ebberts)

ist. Nichts Außergewöhnliches also? Vielleicht doch, denn zeitgleich mit den Meldungen über die Hungertoten in Andhra Pradesh berichtete die indische Presse von der dritten Rekordernte hintereinander; trotzdem stiegen gerade in diesem Jahr die Preise für Nahrungsmittel stärker an als für andere Produkte. Es mag auch verwundern, daß die Opfer nicht in den trockensten und (land)wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten Andhra Pradeshs zu beklagen waren, sondern in den fruchtbaren und landwirtschaftlich hochentwickelten Flußdelten von Godavari und Krishna. Und es fällt weiter auf, daß die Opfer ausschließlich einer einzigen Berufsgruppe angehörten, nämlich der der Handweber.

Die Ursachen für diese Tragödie sind schnell aufgezählt. Baumwollgarn, der Rohstoff für die Weber, wurde immer häufiger ins Ausland exportiert. Die mächtige Spinnerei-Lobby hatte die Lockerung der Exportbeschränkungen für Baumwollgarn durchsetzen können. Als Folge davon hat sich das Exportvolumen für diese Produkte zwischen 1987 und 1990 fast verdreifacht. Schon Ende der 80er Jahre verteuerten sich die Rohstoffpreise für die Weber dadurch drastisch. Für einfaches Baumwollgarn stieg der Preis zwischen 1985 und dem Sommer 1991 um mehr als 260 Prozent. Bei

solchen Preisen konnten die Weber nicht mehr rentabel wirtschaften, zumal der Markt mit billigeren industriellen Produkten überschwemmt wurde. Parallel dazu stiegen die Lebenshaltungskosten sehr stark an, vor allem bei den Grundnahrungsmitteln.

Zur Hungerkatastrophe entwickelte sich die Situation, als Anfang Juli 1991 die indische Regierung als erste Maßnahme ihrer neuen Wirtschaftspolitik die Abwertung der Rupie um 20 Prozent beschloß und gleichzeitig die übrigen Exportbeschränkungen für Baumwollgarn abschaffte. In kurzer Zeit verlagerten sich die Warenströme weiter auf den Exportmarkt, das Binnenangebot wurde weiter reduziert, und die Produktionskosten für die Weber schnellten abermals in die Höhe. Zuvor hatten sie sich und ihre Familien mit einem kärglichen Monatseinkommen von etwa 600 Rupien mehr schlecht als recht ernähren können, doch die verbleibenden 300 Rupien, die nun im Laufe eines Monats in die Haushaltskassen flossen, reichten bei weitem nicht mehr, um nur die wichtigsten Dinge des (Über)Lebens zu kaufen.

Dennoch spricht die Weltbank von ersten Erfolgen ihres wirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes und dem ist sogar zynisch beizupflichten, denn die Aktienkurse an der Börse in Mumbai (Bombay) waren noch niemals so hoch

wie derzeit, der Konsumrausch der Mittelschichten hält unvermindert an und die Armen wundern sich, daß alle davon reden, daß es dem Land so gut ginge wie nie zuvor, sie aber nichts davon merken.

Der indische Staat ist im hohen Maße im Ausland verschuldet und so besteht ein gewaltiger Zwang, Devisen zu erwirtschaften und zwar mit Produkten, die nicht erst Importe teurer Produktionsanlagen und -mittel voraussetzen. So werden die natürlichen Ressourcen des Landes zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt geworfen - ein Schlußverkauf ohne Rücksicht auf die dabei entstehenden sozialen und ökologischen Auswirkungen, wie zum Beispiel im Bereich der Aquakulturen.

Hochproduktive Garnelenfanggebiete, vor allem die Brackwasserseen und Lagunen an der Ostküste Indiens, haben in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Großindustrie auf sich gezogen. Dies hat seit Mitte der 80er Jahre in vielen Regionen immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen mit lokalen Gruppen geführt, die seit Mitte der 90er Jahre zunehmend eskalieren, so etwa am Chilika-See im Bundesstaat Orissa. Insgesamt hatte die dortige Regierung 400 Hektar Land zu einem extrem niedrigen Preis an den indischen TATA-Konzern verpachtet. Das Wasser für die Garnelenteiche sollte mit Dieselpumpen aus dem See

bezogen werden. Von den lokalen Fischern wurde befürchtet, daß das Projekt das hochsensible Ökosystem des Chilika-Sees unwiederbringlich zerstören würde und damit auch ihre Lebensgrundlage. Schon ohne das Projekt ist der See seit Jahren von der Verlandung bedroht. Abholzungen im Einzugsgebiet der Flüsse, die den See speisen, hatten dazu geführt, daß seine Größe von 906 (1914) bis Ende der 80er Jahre auf 800 Quadratkilometer zurückgegangen war. Die durchschnittliche Wassertiefe hatte in diesem Zeitraum von 2,4 auf 1,5 Meter abgenommen. Durch die Wasserentnahme für die Teiche würde der Verlandungsprozeß weiter vorangetrieben. Die Proteste der lokalen Bevölkerung erreichten, daß nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung das Projekt erst einmal auf Eis gelegt wurde.

Demgegenüber sehen sich Landarbeiter- und Kleinfischerfamilien in Tamil Nadu durch ähnliche Projekte unvermindert bedroht. Im August 1991 hatte die Regierung Tamil Nadus angekündigt, verstärkt Aquakulturen zu fördern. Drei Jahre später gelangten die ersten Nachrichten über die sozialen Konsequenzen einer solchen Politik an die Öffentlichkeit.

Unzureichende Niederschläge, aber auch ein Streit mit der Regierung des Nachbarstaates Karnataka um die Nutzung des Cauvery-Wassers, hatten die Landwirtschaft im nördlichen Teil des Cauvery-Deltas empfindlich gestört und eine Garnelenfarm nach der anderen entlang der Küste entstehen lassen. Innerhalb von weniger als zwei Jahren waren dadurch die Bodenpreise von 17.500 auf über 200.000 Rupien je Hektar angestiegen. Dort, wo diese Veränderungen zuerst einsetzten, lebten etwa 14.000 Landarbeiterfamilien. Die meisten von ihnen sind heute arbeitslos und sahen sich gezwungen, das Gebiet zu verlassen, um woanders Arbeit zu finden.

Neben den dramatischen Auswirkungen auf das Leben der LandarbeiterInnen bestehen auch große Gefahren für die Umwelt. Indem ursprüngliches Reisland in Garnelenteiche umgewandelt wird, geht es für den landwirtschaftlichen Anbau unwiederbringlich verloren. Mit Pumpen werden die flachen Teiche mit Seewasser gefüllt, was in sehr kurzer Zeit zur Versalzung auch der umliegenden Felder führt und das Grundwasser verdirbt. Gefahren gehen zudem von Chemikalien aus, die bei der Garnelenzucht zur Vermeidung von Infektionskrankheiten eingesetzt werden, auch wenn diese häufig nicht viel helfen. Im September 1994 zerstörte eine Viruskrankheit die Garnelenproduktion im Wert von zwei Milliarden Rupien in Andhra Pradesh und Tamil Nadu fast

vollständig. Chlor, Nitrophosphate und Antibiotika können leicht ins Grundwasser gelangen, wenn das Wasser aus den Teichen nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Analysen von Böden und Grundwasser hatten ergeben, daß in vielen Dörfern der Küstenregion Tamil Nadus schon nach weniger als zwei Jahren Garnelenzucht die Konzentration bestimmter Schadstoffe deutlich über den zulässigen Höchstwerten lag. Im nördlich angrenzenden Andhra Pradesh ist es noch schlimmer. Dort beziehen inzwischen viele Dörfer ihr Trinkwasser über Tanklastwagen und einige Dörfer mußten sogar umgesiedelt werden. In einem sensationellen Urteil hat der Oberste Gerichtshof in Neu Delhi im November 1996 zwar entschieden, daß bis Ende März 1997 alle küstennahen Garnelenfarmen geschlossen werden müssen, doch geschehen ist bisher nichts.

All diese Konflikte sind regional sehr begrenzt und die Betroffenen haben kaum die Möglichkeit, sich gegen mächtige Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Im Einzelfall sind zumeist "nur" einige zehntausend Menschen betroffen, gegenüber der Milliardenbevölkerung Indiens. Doch die "Einzelfälle" häufen sich, die Schärfe der Konflikte nimmt zu und an den verschiedensten Stellen in Indien kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen.

Handwerker, die durch härteste Arbeit gerade so viel verdienen können, daß sie nicht heute, sondern erst übermorgen verhungern; Landarbeiter, die durch neuentstehende Garnelenfarmen ihre Beschäftigung verlieren, während andere sich eine goldene Nase verdienen; Kleinfischer, deren Netze immer häufiger leerbleiben, weil riesige ausländische Fangschiffe die Bestände abfischen und exportieren: All dies ist Ausdruck dessen, was euphemistisch mit Begriffen wie "Strukturanpassung", "Exportorientierung" oder "Liberalisierung" bezeichnet wird. "Komparative Standortvorteile" oder "Billiglohnland" klingt ein wenig sauberer als hemmungslose Ausbeutung oder fortgesetzte Mißachtung der Menschenrechte mit bewußt in Kauf genommener Todesfolge - Täter: eine "unsichtbare Hand"!

1991 betrug der Jahresumsatz der Nahrungsmittelindustrie Indiens etwa 100 Milliarden Rupien, etwa 18 Prozent des gesamten Industrieumsatzes. Mit jährlichen Wachstumszahlen von sechs Prozent ist die wirtschaftliche Rezession an diesem Wirtschaftsbereich in den letzten Jahren weitgehend vorübergegangen. Die Profite aus diesem Bereich liegen mit knapp 10 Prozent deutlich über den durchschnittlichen Raten der Industrie (7,4 %). Die Exporte des 'Agrobusiness', die sich 1991 auf einen Wert von etwa 63 Milliarden Rupien

beliefen, erhöhten sich bis 1996 auf 211 Milliarden Rupien. Wie bei den übrigen Exporten macht sich aber auch hier der Verfall der indischen Währung bemerkbar, denn der Gegenwert der Agrarexporte in US-Dollar nahm nur von 3,5 Milliarden (1991) auf 6,3 Milliarden US-Dollar zu.

In Indien selbst gehören vor allem urbane Mittelschichten zu den Konsumenten der industriell verarbeiteten Nahrungsmittel. Nur sie können sich die, im Vergleich zu Frisch- oder Rohprodukten, ungleich höheren Preise leisten. Die Gefahren einer solchen "agro-industriellen" Entwicklungsstrategie sind im Moment noch unabsehbar. Lokale Produzenten könnten ihre Anbauflächen an die Agro-Industrie verlieren, um dann lediglich als Lohnarbeiter auf deren Farmen und Fabriken zu arbeiten oder in "Satellitenfarmen" zu deren Zulieferern zu werden.

Bedenklich sind auch die Pläne der indischen Regierung, den Anbau von Schnittblumen für den internationalen Markt energisch zu fördern. Wie bei der Exportförderung für tropische Früchte werden auch durch diese Entwicklung landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln wegfallen. Anfang 1992 verkündete die niederländische Fluggesellschaft KLM, daß sie ihre Flüge zwischen Amsterdam und Neu Delhi von drei auf sieben pro Woche erhöhen wird, um holländische Touristen sowie indische Diamanten und Blumen zu transportieren. Indien stellt einzig den Boden, das Wasser und die Arbeitskräfte zur Verfügung. Ein Landarbeiter auf einem Blumenfeld wird dann am Tag höchstwahrscheinlich weniger verdienen als eine einzige Nelke in Europa kosten wird. In Indien bleiben der ausgelagerte Boden und die Gifte aus den Pestiziden westlicher Chemiemultis zurück. Insgesamt betragen die Planausgaben für den Gartenbau im achten 'Fünf-Jahres-Plan' zehn Milliarden Rupien - fünfzig Mal mehr als im vorherigen.

Strukturanpassung hat viele Seiten. Die Wirtschaft soll produzieren, doch damit das Sinn macht, muß es auch Käufer geben. Und die gibt es tatsächlich. Inzwischen wird die indische Mittelschicht auf 350 Millionen Menschen geschätzt. In den vergangenen zehn Jahren schnellten die Löhne in vielen Bereichen der Wirtschaft in die Höhe, während gleichzeitig die Einkommenssteuersätze ins Bodenlose sanken. Als im Frühjahr 1993 die Piloten von 'Air India' streikten, waren sie kühn genug, eine Gehaltsverdoppelung zu fordern. Der Skandal war allerdings, daß dies auch gewährt wurde: von 75.000 auf 150.000 Rupien pro Monat. Kein indischer Politiker wollte wohl das Risiko eingehen, mit einem unzufriedenen Pi-

loten im Flugzeug zu sitzen. Eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn Landarbeiter froh sein können, wenn sie 1.000 Rupien im Monat nach Hause bringen.

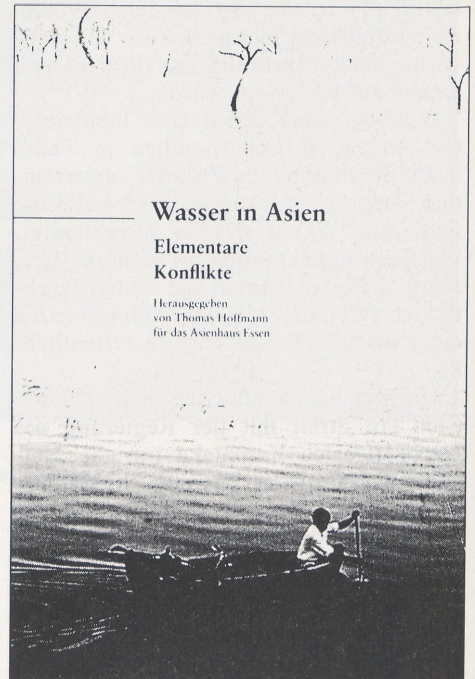
Es soll hier nicht darum gehen, die In-derInnen aufzufordern, sich auf das Asketentum einiger ihrer religiösen und philosophischen Vordenker zurückzubesinnen, anstatt materielle Ansprüche zu stellen. Es geht auch nicht darum, Konsum zu verteufeln. Die Widersprüche sind es vielmehr, die aufschreien lassen; mit denen sehr viele Menschen in Indien nicht länger einverstanden sind, und hierin steckt der soziale Sprengstoff des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Auch wenn die Armen die Feinheiten der Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Kaufkraft der Mittelschichten steigern soll, nicht in ihren Einzelheiten nachvollziehen können, merken sie doch, daß diese Politik ihnen nur selten Vorteile bringt. Was kümmert sie das seit Jahren ausufernde Staatsdefizit? Um dies in den Griff zu bekommen, versucht die indische Regierung, eine restriktive Haushaltspolitik zu betreiben. Ausgabendisziplin heißt die Devise, den Gürtel enger schnallen. Doch wie schon so oft sind genau diejenigen Gruppen gemeint, die sich kaum weiter bescheiden können. Keine anderen Produkte in Indien waren in den letzten Jahren so sehr von der Inflation betroffen wie Nahrungsmittel. Gleichzeitig versucht der Staat die Subventionierung von Nahrungsmitteln über ein staatliches Verteilungssystem (PDS), welches jahrzehntelang gerade den ärmsten Bevölkerungsgruppen half, die Ausgaben für Nahrungsmittel zu begrenzen, schrittweise abzubauen. 1990 verlangte die 'Food Corporation of India', die Institution der Zentralregierung, die für die Organisation des 'Public Distribution Systems' (PDS) verantwortlich ist, von den Bundesstaaten einen Preis von 289 Rupien für einen Doppelzentner Reis der schlechtesten Qualität. Vier Jahre später mußten die Bundesstaaten dafür 537 Rupien ausgeben. Nicht alle Bundesstaaten haben diese Preissteigerungen an die Kunden weitergegeben. So kostet in den staatlichen Läden Maharashtras heute ein Kilogramm Reis einfachster Qualität fast sieben Rupien, in Tamil Nadu zweieinhalb und in Andhra Pradesh nur zwei Rupien. Doch selbst da, wo die Menschen von der enormen Preissteigerung verschont blieben, fällt der hohe Getreidepreis indirekt auf sie zurück. Die Subventionsgelder, die von den Bundesstaaten aufgebracht werden, um die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten, fehlen bei der Durchführung anderer Maßnahmen, wie etwa bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Es ist sicherlich nicht falsch, wenn eine Regierung Überlegungen anstellt, wie Ausgaben einzusparen sind, vor allem dann nicht, wenn die Haushaltslöcher von Jahr zu Jahr größer werden. Allerdings verwundert die Menge der Subventionen, die für die Exportförderung oder Industrieansiedlung zur Verfügung stehen. Gewaltige Steuernachlässe werden gewährt und Land sowie die dazugehörige Infrastruktur beinahe zu symbolischen Preisen verkauft. Im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie in der Landwirtschaft fallen schnell die Argumente, daß "das freie Spiel der Kräfte", die Zurückhaltung des Staates in diesen Bereichen zu einer höheren Effektivität führen würde. Doch Unternehmen wie Ford und Hyundai, deren riesige Automobilwerke in Chennai (Madras) im Aufbau sind, könnten ohne die staatlichen Geschenke sicherlich besser überleben als Menschen, die sich am Rande des Verhungerns befinden.

Heute, 50 Jahre nach der Unabhängigkeit, zählt sich Indien zu den führenden Industrienationen der Welt und steht doch in weiten Bereichen noch an den Anfängen. Viele Fehler, die woanders begangen wurden, könnten hier vermieden werden. Doch die Verteilung gesellschaftlicher Macht und die Ansprüche der Mittelschichten werden dies wohl zu verhindern wissen. Priorität müßte der sozialen Absicherung der Millionen Armen im Land zukommen. Statt dessen konzentriert sich die indische Regierung immer mehr auf die Bedürfnisse der kaufkräftigen Schichten. Priorität müßte auch der Förderung der sogenannten rückständigen Gebiete, der 'backward areas' zukommen. Aber statt dessen werden nach wie vor die sogenannten 'wirtschaftlich aktiven' Räume gefördert. Priorität müßte vor allem einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zukommen. Doch statt dessen überlegt sich die indische Regierung lieber, wie sie durch ihre Aktivitäten den Frühstücks- und Mittagstisch in den Industrienationen bereichert. Es besteht natürlich kein Zweifel daran, daß es den Menschen in Indien, und zwar auch den armen Menschen, heute materiell besser geht als vor der Unabhängigkeit, aber die Unzufriedenheit wächst. Viele Menschen sehen immer deutlicher, daß es in ihrer unmittelbaren Nähe Lebensstandards gibt, die für sie selbst unerreichbar sind. Und sie erkennen immer deutlicher, daß es Zusammenhänge zwischen ihrer Armut und dem Reichtum der anderen gibt. Durch die zunehmende ökonomische Polarisierung der indischen Gesellschaft entstehen Spannungen, deren Folgen mittel- und längerfristig unabsehbar sind. Die indischen PolitikerInnen täten gut daran, sich den Ursachen dieser Spannungen zu

widmen. Und damit ist auch das Problem einer sinnvollen Entwicklungsplanung für den ländlichen Raum aktuell wie selten zuvor. Auch heute noch lebt die Mehrheit der indischen Bevölkerung auf dem Land in den hunderttausenden Dörfern und es wäre töricht, diese Menschen weiter aus dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß auszuschließen, sie immer weiter zu marginalisieren. Diese Aufgabe anzupacken und praktikable Lösungen zu finden ist wichtiger, als Indien als einen der führenden modernen Industriestaaten ins nächste Jahrtausend zu leiten.



Wasser in Asien

Elementare Konflikte

Herausgegeben von Thomas Hoffmann für das Asienhaus Essen

Wasser in Asien

Elementare Konflikte

Herausgegeben von Thomas Hoffmann für das Asienhaus Essen

Susanne van Dillen ist Geographin und promoviert zu Indien, Dr. Eberhard Weber (Freiburg) ist Geograph und arbeitet zu Indien.